

# Sächsische Vorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Anstalt: Amt Dresden Nr. 31302  
Tel.-Nr.: Elbgaupresse Dialekt

mit Loschwitzer Anzeiger

Zust.-Nr.: 10000 Dresden, Straße Dialekt Nr. 608  
Postfach-Nr.: 511 Dresden

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse und Verlagsanstalt Hermann Deyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Dreyer, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Druck: täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 4-spaltige Post-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4-spaltige Zeile mit 50 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Plakatschriften und schwerigen Charakteren werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeigen fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Preis in Anwendung gebracht. Rabattenanspruch ist: 1. verpät. Zahlung, 2. Frage ob Kontur d. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition  
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4  
82. Jahrgang

Nr. 15

Montag, den 19. Januar

1925

## Eine Belastungsprobe für den Völkerbund

Der Konflikt zwischen Polen und dem Freistaat Danzig erhält internationale Bedeutung. — Ob der Völkerbund gegenüber den Anmaßungen Polens Rückgratfestigkeit zeigen wird? — Die Möglichkeit eines Zollkrieges mit Frankreich gewinnt an Wahrscheinlichkeit.

### Polen, Danzig und der Völkerbund

Die Andringung der polnischen Briefkästen in den Straßen Danzigs und die Einrichtung eines Briefträgerdienstes durch das polnische Postamt hat einen Konflikt hervorgerufen, der über Erwarten große Dimensionen angenommen hat. Der Streit wird heute nicht mehr zwischen Danzig und Polen ausgetragen. Denn die Angriffe Polens richten sich jetzt in der Hauptsache gegen den Kommissar des Völkerbundes in Danzig, den Engländer Mac Donnell, der sich dagegen zur Wehr setzt, daß Polen durch eigenmächtiges Vorgehen vollendete Tatsachen zu schaffen sucht und damit den Entscheidungen des Völkerbundes vorgreift.

Es soll hier noch einmal kurz die rechtliche Seite der Angelegenheit erörtert werden: Polen steht auf Grund der Danzig-Polnischen Verträge und Abmachungen das Recht zu, im „Danziger Hafen“ ein eigenes Postamt zu gründen, das dem Verkehr zwischen Polen und dem überseeischen Ausland dienen soll. Die Befugnisse dieses Postamtes erstrecken sich außerdem noch auf die Beförderung der Postsenden polnischer Behörden in Danzig. Polen erteilt in Danzig das Postamt am Döbelnplatz für seine Zwecke zur Verfügung gestellt. Mit der Eröffnung dieses Postamtes aber wurde von polnischer Seite ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Verträge über die Befugnisse des polnischen Postamtes hinausgetrieben. Es wurden Briefkästen angehängt, Briefträgerdienste eingerichtet usw.

Dieses Vorgehen bedeutete nicht nur einen Bruch der bestehenden Verträge, sondern auch eine Verletzung rechtskräftiger Entscheidungen des Völkerbundskommissars, der in seiner Entscheidung vom 25. Mai 1922 betont, daß ein erweiterter Postdienst Polens über die eine Hafenpost hinaus eine „ausgezeichnete Verletzung der Danzig-Polnischen Konvention“ sein würde und daß dadurch im Danziger Gebiet „ein zweifaches Postsystem“ geschaffen werden würde, das wie der Völkerbundskommissar hervorhebt, dem Danziger Postdienst ernsthafte finanzielle Verluste verursachen könnte. Der Völkerbundskommissar stellt in der angeführten Entscheidung daher fest, daß das Wort „unmittelbare Verbindung“ aus der Konvention so auszulegen sei, daß dieser Postverkehr Polens nur von und nach dem einen Punkte des Hafenpostamtes gehen dürfte.

Polen stellt sich nach den amtlichen Erklärungen auf den Standpunkt, daß die Bestimmung, daß Polen den technischen Umfang seines Betriebes selbst bestimmen dürfe, diese Entscheidung des Völkerbundskommissars unwesentlich macht, obgleich es rechtlich ganz klar ist, daß dieses „Selbstbestimmen“ sich nur innerhalb des Rahmens der Völkerbundsentscheidung bewegen darf.

Die Ereignisse, die als Folge des eigenmächtigen polnischen Vorgehens eingetreten sind, lassen jedoch die Vermutung aufkommen, daß es sich bei der ganzen Angelegenheit gar nicht mehr um irgendwelche rechtlichen Fragen handelt, sondern daß der Konflikt von polnischer Seite als eine Art Kraftprobe gegenüber Danzig provoziert worden ist.

Der Völkerbundskommissar Mac Donnell hat dieser Provokation, die bereits zu diplomatischen Erklärungen wegen der Beschädigung der polnischen Briefkästen durch die erteilte Danziger Bewilligung geführt hatte, die Spitze abbrechen wollen, indem er veranlaßte, daß Polen zunächst einmal vor der rechtlichen Auseinandersetzung den erweiterten Postdienst wieder einstelle, um den „status quo ante“ wieder herzustellen. Polen hat darauf mit einem glatten Nein geantwortet, was den Völkerbundskommissar veranlassen mußte, seiner Forderung nachdruck zu verleihen, indem er dem polnischen Vertreter erklärte, daß er in diesem Punkte den Danziger Senat ermächtigen werde, auf Verantwortung des Völkerbundskommissars die Briefkästen zu entfernen.

### Noch immer auf der Suche nach einem Finanzminister

#### Graf Koedern oder Saemisch?

Dr. Luther war es bis Montag früh noch nicht gelungen, einen Finanzminister für sein Kabinett zu gewinnen. Er ist mit mehreren Persönlichkeiten in Verbindung getreten, ohne jedoch einen Erfolg zu erzielen. In erster Linie wird jetzt der frühere Staatssekretär Graf Koedern genannt, der während der wochenlangen Krise schon mehrfach als Kandidat auch für den Kanzlerposten in Erwägung kam. Ob es zu einer Berufung des Grafen Koedern in das Finanzministerium kommt, ist jedoch zur Stunde noch ungewiss.

Diese Erklärung, der übrigens nicht einmal die Tat gefolgt ist, hat in Warschau einen derartigen Sturm hervorgerufen, daß man heute nicht mehr von einem Danzig-Polnischen Konflikt sprechen kann, sondern nur noch von einem internationalen Konflikt ernster Bedeutung. Der Völkerbundskommissar in Danzig ist der Vertreter derjenigen internationalen Macht, die den Schutz Danzigs übernommen hat und der weitgehende schiedsrichterliche Befugnisse gegenüber Danzig und Polen zustehen. Polen aber nimmt jetzt eine offene Kampfstellung dagegen ein und droht unerbittlich, sich über etwaige Entscheidungen dieser Instanz hinwegzusetzen und mit Gewaltmitteln vorzugehen.

Die Ausführungen des polnischen Vizepräsidenten Tuganow gegenüber der Presse, in denen er erklärt, daß Polen alle Konsequenzen ziehen und sich von seiner Macht dreinreden lassen werde, sind nichts anderes als offene Drohungen gegen den Völkerbund. Die polnische Presse ist noch deutlicher und warnt Danzig, einer etwaigen Aufforderung des Völkerbundskommissars zur Entfernung der Briefkästen Folge zu leisten, da es ihm sonst übel ergehen würde.

Der Völkerbundskommissar hat vorläufig an den Senat der Freien Stadt eine derartige Aufforderung trotz der Andringung einer solchen noch nicht gerichtet. Das Völkerbundssekretariat in Genf verhandelt mit der dortigen polnischen Vertretung und man ist in Danzig mit Recht gespannt, was schließlich bei der ganzen Angelegenheit herauskommen wird. Der Ausgang des Streites, der zunächst ein Streit um Briefkästen war und heute ein Streit um die Machtbefugnisse des Völkerbundes geworden ist, wird aber — und darüber muß sich auch der Völkerbund klar sein — für das Ansehen des Bundes, für seine Existenz von ausschlaggebender Bedeutung sein.

Wir wollen es ganz offen aussprechen: Veranlaßt der Völkerbundskommissar den Senat der Freien Stadt zur Entfernung der polnischen Briefkästen, was er rechtlich durchaus in der Lage ist, so kann er die Verantwortung nur dann übernehmen, wenn er Nachmittel, nicht nur moralischer Natur, zur Verfügung hat, um Danzig gegen einen bewaffneten Vorstoß Polens zu schützen. Gestraft es dem Völkerbundskommissar aber nicht, seine Absichten gegenüber Polen durchzusetzen, so ist damit die Ohnmacht des Völkerbundes in seiner jetzigen Zusammensetzung klar bewiesen. Schon die nächsten Tage können die Entscheidungen bringen, die nicht nur für das

schicksal auch Saemisch erneut als ernsthaft ins Auge gefaßter Kandidat genannt wird. Für das Verkehrsministerium kommt eine Reuberlegung im Augenblick wahrscheinlich noch nicht in Frage.

### Das Justizministerium besetzt

Die von amtlicher Seite mitgeteilt wird, sind die Verhandlungen über die Besetzung des Justizministeriums beendet. Das Justizministerium wird von Oberlandesgerichtspräsidenten Freuden, der dem Zentrum nahesteht, übernommen.



Schicksal des deutschen Danzigs von grundlegender Bedeutung ist, sondern für die gesamte internationale Lage.

### Boströmer am 1. März

Es ist geplant, am Sonntag den 1. März zum ersten Male einheitlich im ganzen Reich einen Gedanken an Ehren der Gefallenen des Weltkrieges zu machen, für den die seit langem erstrebte amtliche Grundlaage bisher nicht geschaffen werden konnte.

Die Vorbereitung der Feier liegt in den Händen eines Ausschusses, dessen Vorsitz der Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgenossen führt. Er führt, und in dem die Spitzen der kirchlichen Behörden der drei archaischen Bekenntnisse und eine Reihe anderer kultureller und wirtschaftlicher Verbände vertreten sind.

### Was der Reichstag jährlich kostet

Aus dem Reichshaushalt für 1925 ergibt sich, daß sich die Gesamtkosten für den Reichstag im ordentlichen Haushalt auf 5 675 630 Mark belaufen, denen eine Einnahme von 15 000 Mark gegenübersteht. Für die Aufwandsentscheidungen, die bekanntlich pro Mitglied monatlich 500 Mark betragen, sind insgesamt rund 2,3 Millionen Mark vorgesehen.

### Das Kabinett der Verwirrenheit

Von Bürgermeister Dr. Külg, M. d. R.

Als im Frankreich des dritten Napoleon sich der Übergang vom Kaiser zum Republik unter ähnlichen historischen Begleitumständen vollzog wie bei uns im November 1818, da war auch die junge französische Republik lange Jahre hindurch der Schauplatz innerpolitischer Kämpfe, Unruhe und Verwirrenheit, und der Verbrauch an Ministerien in den ersten zehn Jahren war ebenso stark wie das unfruchtbare parlamentarische Treiben der politischen Parteien. Auch sonst ähnelt die Entwicklung der jungen französischen Republik bis in viele Einzelheiten hinein dem Gang der Dinge in dem nachrevolutionären Deutschland. Ein Widerstand gegen die Währungsreform steht dabei uns in Deutschland zur Seite, den Frankreich nicht hatte. Das geschlagene Frankreich wurde von seinem deutschen Kriegsgegner mit vollendeter Ritterlichkeit behandelt. Kein von außen her anhängender brutal Vernichtungswille griff lähmend in die innere Entwicklung Frankreichs ein; im Gegenteil, die Außenwelt bemühte sich vom ersten Tage an, Frankreich zu helfen. Ganz anders bei uns. Fünf Jahre lang jagte ein Gemetzel den anderen, bis der Ruhrerbruch Staatshaushalt und Finanzwirtschaft vernichtete. Alle Versuche der jungen deutschen Republik, sich innerlich zu festigen, fanden die härtesten Hemmnisse in außenpolitischen Wahnvorstellungen unserer Feinde. Und während einst das vorbildliche Verhalten der deutschen Besatzungsstruppen in Frankreich es dem alten Thiers leicht machte, eine Politik der Mäßigung zu treiben, haben der französische Imperialismus und Militarismus mit ihren Sanktionen und ihren widerlichen Ausschreitungen gegen Deutschland und im besetzten deutschen Gebiete eine politische Seelenströmung in Deutschland geschaffen, die bis zum heutigen Tage den besonnenen politischen Strömungen in Deutschland ihre Arbeit unsäglich schwer gemacht hat.

So wenig man diese außenpolitische Seelenströmung unserer irrenden innerpolitischen Zustände verdrängen soll, so verkehrt wäre es doch, die gegenwärtige Unfruchtbarkeit und Verwirrenheit unserer parlamentarischen Verhältnisse allein und ausschließlich auf die Konto zu setzen. Die Schuld liegt in erheblichem Umfange bei uns selbst. Wir haben zwar alle den ehrlichen Willen, aus dem Elend heraus zu kommen, in das uns der verloren Krieg geführt hat, aber bei aller unsterblichen Arbeit triumphiert die ältere politische Organisation in ihrer parteipolitischen Disziplin über die gemeinsamen großen Ziele. Niemals ist das so deutlich geworden, wie bei der letzten Tragikomödie der Reichstagsneuwahl und der Regierungsbildung. Eine Regierung, die starke außenpolitische Erfolge, die im entscheidenden Augenblicke eine starke parlamentarische Mehrheit hinter sich gehabt hätte, schritt zur Auflösung des Parlaments, weil sie aus Eifer in ihrem eigenen Schoße entstanden parteipolitischen Krisen keinen anderen Ausweg wußte. Das Volk billigte bei den Wahlen die bisherige Politik der Regierung, aber aus parteipolitischen Gründen dankte diese Regierung ab. Die Grundzüge der Politik liegen für jede Regierung fest, aber in den Strömungen der Parteipolitik laufen sich modern alle Versuche, eine Regierung zustande zu bringen. Draußen und drinnen drängt alles zum Handeln und zur Tat, aber das Parlament mußte sich vom Reichspräsidenten befehlen lassen, es aus sich heraus keine parlamentarische Regierung zu bilden, und zu den Dugenden von Typen einer Reichsregierung, die mir in den sechs Jahren der Republik gehabt haben, kommt ein neuer Typ hinzu. Die parlamentarische Demokratie kennt als normale Regierungsform die parlamentarische Regierung. Wir haben in der Zwischenzeit stielische Hilfskonstruktionen erlebt oder versucht: Übergangs- und Zwischenregierungen, überparteiliches Kabinett, Kabinett der „Köpfe“, und nun kommt ein ganz neuer Typ hinzu, dem